

Wie „Friede“ erscheint täglich zweimal, Donnerstags und Montags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Breite Welt“, „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Gemisch“. Der Bezugspreis beträgt bei freier Poststellung im Haus für den Monat April 22.— Mk., im voraus zahlbar. Durch die Post bezogen 23.— Mk. Bestellungen nehmen sämtliche Postämter entgegen. Unter Strafband drucken für Deutschland, Dänzig, das Saar- und Rheingebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Litauens 60.— Mk., für das übrige Ausland 87.— Mk.

Die abgesetzten Nonparillente über deren Raum kostet 12.— Mk. einschließlich Inzeratensteuer. Kleine Anzeigen: Das fertige Blatt kostet 2,50 Mk., jedes weitere Wort 1,75 Mk., einschließlich Inzeratensteuer. Langere Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 5.— Mk. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fertige Blatt 2.— Mk., jedes weitere Wort 1,50 Mk.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. E. Aufhäuser. Fernsprecher Zentrum 152 90—153 90

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Weltkonferenz in Genua

Die Eröffnungssitzung

Sonderbericht des „Intel“

Genua, 10. April.

Trotz des starken Regens, der am Eröffnungstage der Konferenz das bis dahin strahlende Wetter abgelöst hatte, waren die Straßen heute von dichten Menschenmengen erfüllt, die von allen Seiten herbeiströmten, um der Eröffnung der Konferenz beizuwohnen. Die Arbeit im Hafen und in der Stadt ruhte vollkommen, die Läden waren geschlossen.

Die wenigen Journalisten, die an der Eröffnungssitzung teilnehmen können, müssen einen vorgezeichneten Weg zu dem Sitzungsraum nehmen. Die zum Palazzo di Giorgio führenden Straßen sind abgesperrt und Kavallerie und königliche Garde haben einen Kordon für die durchfahrenden Automobile der Delegierten gebildet.

Im Sitzungsraum waren schon vor 2 Uhr die ersten Delegierten anwesend. Um 3 Uhr betritt Lloyd George den Saal, wobei der Kronleuchter aufblitzt. Zur allgemeinen Überraschung fehlten in diesem Augenblick noch die russischen Delegierten, die durch ihre Unpünktlichkeit offenbar gegen ihre mangelhafte Unterbringung protestieren wollten. Als die Russen einige Minuten später den Saal betraten, eröffnet der italienische Ministerpräsident Facta mit einer kurzen Ansprache die Konferenz. Er verliest die eingelaufenen Begrüßungstelegramme, u. a. ein Telegramm des italienischen Königs und des französischen Ministerpräsidenten Poincaré, der sein Bedauern darüber versichert, daß es ihm nicht vergönnt sei, der Konferenz persönlich beizuwohnen. Doch werde die französische Delegation unter der Leitung Barthous ihre ganze Kraft für das Gelingen der Konferenz einsetzen. Programmgemäß teilt Facta sodann mit, daß man zur Wahl eines Vorsitzenden schreiten müsse, worauf Lloyd George, von Barthou unterstützt, Facta vorschlägt, der sodann zum Vorsitzenden gewählt wird. Facta erklärt, daß er die Wahl, die er als eine Ehre Italiens auffasse, annehme und daß er wünsche, die Konferenz möge den Frieden in Europa herbeiführen.

Anschließend folgen Ansprachen der Führer der einzelnen Delegationen. Schon in diesen Begrüßungsansprachen traten die Differenzen in der Auffassung der einzelnen Delegationen klar zutage.

Lloyd George, der als erster sprach und dessen Rede rhetorisch die größte Wirkung erzielt, schilderte in großen Zügen die Sehnsucht aller Nationen nach einem wirklichen Frieden. Er wandte sich scharf gegen die „Läufenden Hunde“, welche den Frieden Europas zu führen trachten. Die Teilnehmer an der Konferenz dürften nicht als Sieger oder Besiegte, als Kriegsteilnehmer oder Neutrale betrachtet werden. Alle seien nichts anderes als Vertreter der verschiedenen Nationen, die zusammengekommen sind, um den wahren Frieden und den Wiederaufbau Europas in die Wege zu leiten. Denn was Europa wirklich brauche, sei ein wahrhafter Frieden. Alle anderen Fragen seien von untergeordneter Bedeutung und ihre Lösung sei unmöglich, bevor nicht der Frieden in Europa wieder hergestellt ist. Heute sei der Friede Europas trotz aller Friedensverträge nur ein Scheinbild. Unter großem Beifall der Anwesenden schließt Lloyd George: „Genua, jener Ort, von dem der Mann auszog, der Amerika entdeckte, wird vielleicht jetzt Amerika dazu führen, Europa zu entdecken.“

Der Führer der französischen Delegation, Barthou, stellte in den Mittelpunkt seiner Ansprache die Erklärung, die Konferenz von Genua sei kein Appellationsgerichtshof für die Friedensverträge.

Der belgische Vertreter betonte, daß Belgien auch während des Krieges für den Frieden gearbeitet habe.

Nach einem japanischen Delegierten kam dann Reichskanzler Dr. Wirth für die Deutsche Delegation zum Wort. Wirth führte u. a. aus: Wie die Kranken aus der ganzen Welt sind wir Delegierte nach Genua gekommen, um die Genesung unseres Landes zu suchen. Alle Nationen leiden an den Folgen des Krieges und wollen die Wiederherstellung ihres Landes und ihres Wirtschaftslivens finden. Deutschland sandte seine Delegierten in Anbetracht der der Konferenz beigemessenen Wichtigkeit nach Genua. Alle anwesenden Delegierten werden die schwere Lage, in der sich Deutschland befindet, kennen. Die Nachkriegssituation, die die ganze Welt gleich schwer bedrückt, ist für Deutschland besonders schlecht. Deutschland leidet unter einer schweren Krise. Jeden Tag muß die Regierung schwerwiegende Beschlüsse fassen, um die Lage wenigstens für den Augenblick zu bessern. Trotzdem hat die deutsche Delegation das Land verlassen, um der Konferenz beizuwohnen zu können, da ihre Abwesenheit von der Konferenz die Lage Deutschlands nur erschweren würde. Dr. Wirth gab der Hoffnung Ausdruck, daß die anwesenden Finanzsachverständigen, die mit der

schwierigen Finanzsachlage vertraut sind, beabsichtigen werden, sie zu verbessern. Er erklärt im Namen der deutschen Regierung, die deutsche Delegation werde ihr Möglichstes tun, um die Arbeiten der Konferenz zu fruchtbaren Ergebnissen zu führen.

Nach Dr. Wirth ergriff Tschitscherin, der Führer der russischen Delegation, das Wort. Er bezieht sich auf die Erklärung Factas, wonach die auf der Konferenz von Genua gefassten Beschlüsse die wirkliche Grundlage der Konferenz von Genua bilden sollen. Die russische Delegation war auf der Konferenz nicht als Sieger, aber auch nicht als Besiegter erschienen. Auch Tschitscherin gibt die Erklärung ab, daß die russische Delegation bestrebt sein werde, alles zu tun, um den Erfolg der Konferenz von Genua zu sichern und der Welt, für deren Schicksal die wirtschaftliche Zusammenarbeit aller Nationen von schwerwiegender Bedeutung sei, einen wahrhaften Frieden zu verschaffen.

Zu der Erklärung Factas, daß die Beschlüsse der Konferenz von Genua als Grundlage der Konferenz von Genua dienen sollten, bringt Tschitscherin drei Vorschläge der russischen Delegation ein, die Fragen betreffen, die nicht auf der Konferenz von Genua verhandelt worden sind. Er schlägt vor, daß die Konferenz von Genua die Einleitung einer Reihe von ähnlichen Konferenzen bilden möge. Die Befundung der wirtschaftlichen Lage und die Wiederherstellung Rußlands seien mit der Wiederherstellung der Weltwirtschaft unlöslich verknüpft. Rußland habe bereits seine Grenzen dem allgemeinen Welthandel wieder geöffnet. Der zweite Vorschlag der russischen Delegation betrifft die allgemeine Abrüstung. Alle Vorschläge, die dem Wiederaufbau der Welt dienen sollten, seien wertlos, solange die Möglichkeit neuer Kriege bestehe. Rußland verlange gegenseitige Abmachungen bei allen Finanzangelegenheiten und Garantien dafür, daß künftige Angriffe auf Rußland verhindert würden. Unter diesen Bedingungen sei Rußland bereit, sein Möglichstes zu tun, um zum Gelingen der Konferenz von Genua beizutragen.

In Erwiderung der von Tschitscherin gemachten Vorschläge führt der Vertreter Frankreichs, Barthou, aus, die Rede Tschitscherins bringe drei neue Erklärungen. Die Konferenz von Genua sei jedoch auf den Grundlagen der Konferenz von Genua einberufen worden. Wir bestreiten der russischen Delegation nicht das Recht, ihre Stellungnahme zu jedem Punkte der Tagesordnung zu präzisieren. Wenn sie aber die in Genua nicht behandelten Fragen, wie z. B. die Einberufung einer Serie von Konferenzen aufwerfen will, so müssen wir erklären, daß wir damit nicht einverstanden sind. Rußland wünscht auch die Frage der Abrüstung zu besprechen. Die französische Delegation wird daher gezwungen sein, zu erklären, daß diese Frage auf der Konferenz von Genua nicht behandelt werden dürfe.

Nach diesen Worten Barthous erklärt Tschitscherin, die russische Delegation sei der Meinung, daß in die Tagesordnung der Konferenz von Genua viele Fragen nicht aufgenommen worden seien, z. B. die Frage der Abrüstung. Trotzdem erkläre sich die russische Delegation mit der Tagesordnung der Konferenz von Genua einverstanden.

Keine übertriebenen Hoffnungen

(E. P.) Genua, 10. April.

Bundesrat Motta erklärte dem Korrespondenten des Schweizerischen Press-Telegraphen, auf der Reise nach Genua über die Aussichten der Wirtschaftskonferenz besorgt, man dürfe keine übertriebenen Hoffnungen hegen, um sich Enttäuschungen zu ersparen. Inzwischen fehle nichts an der außerordentlichen weltpolitischen Bedeutung der Wirtschaftskonferenz. Dafür spreche die bloße Tatsache der unmittelbaren Zusammenkunft und Fühlungnahme zwischen Siegern und Besiegten und Neutralen, die von nicht zu unterschätzender wohlthätiger Wirkung sein werde. Bundesrat Motta hat volles Vertrauen in eine einheitliche Leitung der Konferenz durch die italienische Regierung und ihren vollen Erfolg, der natürlich von der Art und Weise der Lösung der einzelnen Programmpunkte abhängen wird. Die außerordentlich große Teilnehmerzahl werde allerdings rasche Beschlüsse sehr erschweren, so daß kaum in wenigen Tagen endgültige Beschlüsse zu erwarten sein dürften. Ueber eine wichtige Frage des Programms, die Wiederherstellung der Beziehungen zu Rußland, glaubt der Bundesrat, daß nicht durch die Konferenz für alle Teilnehmer bindende Beschlüsse gefasst werden können, die die Republik de jure anerkennen; höchstens würde es sich um eine solche Anerkennung in dieser oder jener Form handeln, daß den einzelnen Ländern freigestellt bleibt, je nach ihren Bedürfnissen die politische Anerkennung Rußlands auszusprechen.

Grundsatzlose Beamtenbewegung

Von E. Aufhäuser.

II.)

Die Hauptversammlung der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten hat den Eindruck hinterlassen, daß die gewaltige soziale Gärung der längst proletarisierten unteren Eisenbahnbeamten auch nach dem Streik weiter fortschreitet. Die Maßregelungspolitik Gröners hat offenbar eine weitere gewerkschaftliche Radikalisierung bewirkt. Es spricht auf alle Fälle für das gesunde solidarische Empfinden der Eisenbahner, daß sie auf der Hauptversammlung ihre Streikführer erneut auf den Schild gehoben haben. Die Delegierten haben sicherlich die Fehler, die vor und im Streik von den beiden Vorsitzenden gemacht worden waren, nicht verkannt; sie taten dennoch gut daran, den Solidaritätsgedanken in den Mittelpunkt ihrer Entscheidung zu stellen. Die Eisenbahner haben im Gegensatz zu den Hampelmännern im Beamtenbund den Entschluß ausgebracht, sich von denjenigen Gruppen höherer Beamten zu trennen, die ihre natürlichen Gegner sind und sich als solche betätigt hatten. Was die Hauptversammlung allerdings nicht gebracht hat, das wäre eine engere Verbindung mit der organisierten Arbeiter- und Angestelltenbewegung gewesen. Insbesondere sollte zwischen der Reichsgewerkschaft und dem Deutschen Eisenbahnerverband ein im Interesse beider Gruppen liegendes erträgliches Verhältnis hergestellt werden, bei dem verbandsegoistische Erwägungen keinen Platz haben dürften. Wenn es sich allerdings bestätigen sollte, daß die Reichsgewerkschaft der Eisenbahnbeamten nun im Gegensatz zum ADGB, die Eisenbahnarbeiter als eine „Eule“ der Beamtenorganisation bei sich beherbergen will, so wäre damit die Verwirrung auf die Spitze getrieben. Wenn schon die Beamten ihre Isolierung von der Arbeiterbewegung nicht aufgeben — ein Zustand, der nicht mehr lange währen kann — dann sollten sie wenigstens nun nicht umgekehrt dazu übergehen, die gewerkschaftliche Einheitsfront der Klassenbewußten Arbeiterbewegung zu zerreißen. Inzwischen kann man solche Begleiterscheinungen im Konkurrenzkampf der beiden Eisenbahnerorganisationen als Vorgänge ansehen, die im Hinblick auf die Verschärfung des Klassenkampfes im ganzen nur vorübergehender Art sein werden. Wichtiger dagegen war die besondere Mission, die die Reichsgewerkschaft auf der Vertretertagung des Beamtenbundes im Interesse aller Beamten, Arbeiter und Angestellten zu erfüllen hatte. Der von der Reichsgewerkschaft neu gewählte Vorsitzende erklärte, die Tagung des Beamtenbundes werde der deutschen Beamenschaft zeigen, daß man auch dort sich umzustellen beginne. Er werde zusammen mit den übrigen Delegierten der Reichsgewerkschaft dafür sorgen, daß auch der Deutsche Beamtenbund seine „Neutralität“ aufgeben und sich auf den Kampf einstellen werde. Tut der Beamtenbund das nicht, dann soll er zum Teufel gehen.“ Inzwischen ist nun die Tagung des Beamtenbundes gewesen, und sie hat nichts, als neue Unklarheiten, in keiner Weise aber die Erfüllung der von der Reichsgewerkschaft aufgestellten Bedingungen gebracht.

Der Vorsitzende des Beamtenbundes entwickelte ein Programm, das wiederum „Neutralität“ auf allen Gebieten des sozialen Kampfes, Verzicht auf jede gewerkschaftliche Aktivität bedeutete.

An dem „Klassenüberbrückenden Aufbau“ des Beamtenbundes müsse festgehalten werden. Es gehe nicht an, die Gewerkschaftsformen der Arbeiter auf die Beamten zu übertragen. Der Beamtenbund sei bereit, in gemeinsamen (welche?) Fragen mit den übrigen Spitzenverbänden (d. h. also wiederum mit allen Richtungen) zusammenzugehen. Um den zurückliegenden Eisenbahnerstreik tanzte der Referent herum wie das Kind um den heißen Brei:

„Ich weiß nicht, ob es zweckmäßig ist, die Schuldfrage hier gar zu breit zu erörtern. Die letzte Schuld an dem Streik liegt ohne Zweifel beim Verfasser Friedensvertrag usw.“

Mit solchen Mäßen wurde um die Lebensfragen der Beamenschaft herumgeredet. Dasselbe Gewäsch wurde zur Frage des Streikrechts vorgetragen.

„Ich kann mir nicht vorstellen, daß ein deutscher Beamter, er müßte denn politisch oder sonstwie verantwortlich sein, die fruchtbarste Waffe des Beamtenstreiks anders anzuwenden willens sein könnte, als im Ausnahmefall äußerster Notwehr.“

*) Siehe auch Nr. 170.

Das Beamte als letztes Mittel zum Streik greifen, scheint nur möglich bei ernsthafter Bedrohung ihrer verfassungsmäßigen Grundrechte und bei ernstlicher Gefährdung ihrer Existenzmöglichkeit.

Am zweiten Verhandlungstag kommentierte der Vorsitzende des Beamtensyndikats diese „Wenn und Aber“-Erklärungen zum Streikrecht wie folgt:

„Ich lehne den Lohnstreik nach wie vor ab. Der Lohnstreik ist mit der Stellung der Beamten im Volk und zum Volk unvereinbar. Nur im Kampf um seine Existenz darf der Beamte von diesem letzten gewerkschaftlichen Mittel Gebrauch machen.“

Mit solchen Wortspielen von „Lohnstreik“ und „Existenzstreik“ lassen sich die sozialen Probleme wirklich nicht lösen. Es ist dem Vorsitzenden des Beamtensyndikats aber wieder gelungen, sowohl die Gegner des Streikrechts, wie seine Befürworter auf jener faulen Basis mit dialektischen Kunststücken zu befriedigen. Im übrigen weiß nach dieser Tagung kein Mensch, ob nun der Beamtensyndikat Anhänger oder Gegner des Streikrechts ist. Die Regierung legt natürlich die Redensarten des Beamtensyndikats als Ablehnung des Streikrechts aus.

Es lohnt sich nicht, auf die bis zur Komödie gesteigerte Debatte näher einzugehen. Man hat nach außen hin Bestenfalls eine verzierte, die an Schärfe im Ausdruck nicht übertroffen werden konnten, um dann zwischen den Verhandlungstagen im engen Kreise Kompromisse abzuschließen, die den Gipfel der Heuchelei darstellen. Bald stellte der Vertreter des reaktionären bayerischen Beamtensyndikats ein Ultimatum, das die Ablehnung des Vorsitzenden zum Ziel hatte, bald erklärte ebenfalls in ultimativer Form der Vertreter der Reichsgewerkschaft:

„Lassen Sie aber die Bundesleitung bestehen, so ist der Deutsche Beamtensyndikat für uns erledigt.“

Schließlich ist es bei der Wiederwahl des bisherigen Vorsitzenden geblieben, denn er hat eben keine Richtung und ist somit allein berufen, den Beamtensyndikat auch künftig zu „führen“. Konnte man an den beiden ersten Verhandlungstagen, an denen die Gewerkschaftler und die Wirtschaftsfriedlichen scharf aufeinanderprallten, die Hoffnung hegen, daß die Tagung endlich eine Klärung bringen würde, so hat der dritte Verhandlungstag restlose Harmonie der beiden extremen Richtungen gezeigt. Am zweiten Tage hatte sich ergeben — unter geradezu tumultuarischen Szenen — daß die Streitfragen unter Beibehaltung der bisherigen Organisationsform und der jetzigen Zusammensetzung des Beamtensyndikats unauflösbar sind.

Am Morgen des dritten Tages dagegen gab es keinen Streit mehr (in der Nacht vom 2. zum 3. Verhandlungstag waren Heizermännchen am Werk), indem man einfach darauf verzichtete irgend welche Verhandlungsergebnisse der Grundfragen dieser Tagung festzustellen und die ganze Debatte einfach abgebrochen wurde. Man beschloß lediglich noch einen besonderen Pflichtbeitrag, der nach dem Willen der Reichsgewerkschaft als Gemahregeltenunterstützung verwendet werden soll. Einen Streikfonds hat man jedoch nicht beschlossen, sondern einen „Sicherheitsfonds“ für allgemeine und besondere Zwecke des Bundes. Ob etwa auch beabsichtigt sind Mitgliedschaften, die beim Kapp-Putsch unter den Schritten gekommen waren, oder sonst wegen ihrer antirepublikanischen Betätigung aus dem Amte entfernt werden, bezugsberechtigt sind, ist bei der Neutralität des Beamtensyndikats kaum zweifelhaft. Soweit es sich um die Eisenbahner handelt, dürfte die Entschließung des Beamtensyndikats zur Maßregelungsfrage nach dem ganzen Verlauf seiner Tagung auf die Regierung keinen allzu großen Eindruck mehr machen.

Nach ihren Erklärungen wollen die Reichsgewerkschaft und einige weitere gewerkschaftlich gerichtete Verbände nach wie vor im Beamtensyndikat verbleiben, um dort „an der Klärung weiter mitzuarbeiten“. Man wird annehmen, daß sie taktische Gründe haben, um diesem Beamtensyndikat der verpackten Gelegenheiten immer noch die Treue zu halten.

Für die Arbeiter und Angestellten bedarf es eines weiteren Zwartens zum Zwecke einer Klärung im Beamtensyndikat wirklich nicht mehr. Die eben beendete Tagung hat zu allem Ueberfluß nochmals bestätigt, daß diese „Klassenüberbrückende“ Vereinigung von Beamtensyndikatsverbänden ungeeignet ist, Bundesgenossen der Klassenbewußten Arbeiterschaft zu sein.

Die neue Geschäftsordnung

Beschränkung der Redezeit im Reichstage.
Der Geschäftsordnungsausschuß des Reichstages hat am Freitag die zweite Lesung der Abänderung der Geschäftsordnung beendet. Der wichtigste Teil des Berichtes, der dem Plenum gleich nach den Ferien vorgelegt werden soll, sind die folgenden Vorschläge für die Vorgehung der Arbeiten des Reichstages:

1. die Redezeit soll auf 15 Minuten festgesetzt werden.
2. die Kleinen Anfragen, die nicht nur zeitraubend, sondern recht kostspielig sind — die Kosten einer Kleinen Anfrage wurden auf 700 M. berechnet —, sollen nicht nur gedruckt, sondern schriftlich der Regierung zur Beantwortung übergeben und nur dann auf die Tagesordnung gesetzt werden, wenn die Regierung sie nicht binnen 14 Tagen beantwortet.
3. Wird die Beschlussfähigkeit des Hauses bezweifelt, so darf der Präsident die Sitzung für eine kurze Zeit aussetzen, ehe er feststellt, ob das Haus beschlussfähig ist. (Inzwischen können die im Hause befindlichen Abgeordneten in den Sitzungssaal gerufen werden.)
4. Ein neuer § 93 soll über den Ausschluß von Abgeordneten folgendes bestimmen: Im Falle großer Verletzung der Ordnung kann ein Mitglied durch den Präsidenten von der Sitzung ausgeschlossen werden. Das Mitglied hat den Sitzungssaal sofort zu verlassen. Verhört der Abgeordnete der Aufforderung des Präsidenten, den Saal zu verlassen, keine Folge, so wird die Sitzung unterbrochen oder aufgehoben. In diesem Falle zieht sich der Abgeordnete ohne weiteres den

Ausschluss für die folgenden acht Sitzungstage zu. Bei wiederholter Weigerung, den Anordnungen des Präsidenten Folge zu leisten, tritt der Ausschluß auf zwanzig Tage ein. Der Präsident stellt diese Folgen bei Wiedereröffnung der Sitzung oder bei Beginn der nächsten Sitzung fest. Der Abgeordnete darf während der Dauer der Ausschließung auch an Ausschließungen nicht teilnehmen. Der Entzug der Diäten soll nicht besonders ausgesprochen werden, da er die selbstverständliche Folge des Ausschlusses ist.

Die bayerische Freiheit

Wenue darf in München nicht reden.

Der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ wird aus München gemeldet:

Der Vorsitzende der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamter Menne sollte heute abend in München in öffentlicher Versammlung sprechen. Wie wir erfahren, ist die Abhaltung der Versammlung und der Vortrag Mennes von der bayerischen Regierung verboten worden.

Weshalb die Reichsregierung immer noch kein Mittel, um die Reichsverfassung gegen die Vergewaltigung durch die bayerische Regierung zu schützen? Die traurigen Gesellen, die den politischen Nord im geheimen vorbereiten und öffentlich propagieren, haben in Bayern ungehörtes Spiel. Einen unbescholtene Mann aller hundert diese Gesellschaft an der Ausübung seines Rechts, in Schrift und Rede seine Meinung frei zu äußern. Gibt es dagegen wirklich kein Mittel?

Der Fall Röhne

Auf eine Anfrage der kommunistischen Fraktion des Preussischen Landtags erteilt der Justizminister folgende Antwort:

„Gegen den Hauptmann a. D. von Röhne hat der Oberstaatsanwalt in Potsdam die öffentliche Klage wegen versuchten Totschlags durch Antrag auf Eröffnung der gerichtlichen Voruntersuchung erhoben. Die Voruntersuchung ist noch nicht zum Abschluss gelangt. Den Erlass eines Haftbefehls hat der Untersuchungsrichter abgelehnt, weil er nach dem bisherigen Ergebnis der Voruntersuchung, insbesondere nach den in einem Ortsverhör aufgenommenen Zeugenaussagen des Försters, der den Angeklagten, und des Sohnes Nietert, der seinen Vater begleitet hatte, dringenden Tatverdacht des dem Angeklagten zur Last gelegten Verbrechens nicht für begründet erachtete.“

In einem Einschreiten gegen den Oberstaatsanwalt in Potsdam ist kein Anlaß gegeben, da er seine Pflicht nicht vernachlässigt hat. Einen Waffenscheln hat weder der Vater, noch der Sohn von Röhne besessen.“

Der Herr Oberstaatsanwalt hält also den dringenden Tatverdacht im Falle Röhne nicht für begründet. Wir kennen die Aussagen der Zeugen nicht, auf die sich der Scheid des Justizministers beruft, aber wir wissen, daß dieser Röhne einen Menschen über den Haufen geschossen hat. Allerdings: nur einen Arbeiter! Sollte darum der Tatverdacht nicht schwer genug wiegen, um eine Inhaftierung des Schwarzhäuten, der sich an Menschenleben ist, zu rechtfertigen?

Aber einen Ausweg zeigt der letzte Absatz der Erklärung des Justizministers. Die Röhnes hatten danach keinen Waffenscheln. Wie wäre es also, wenn man Anklage wegen unerlaubten Waffentragens erhob? Dann kann's nicht schlimm werden für Ihren Schilling, Herr Oberstaatsanwalt!

Gute Ratsschläge

Die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ beschäftigt sich sehr interessiert mit der Tagung des Deutschen Beamtensyndikats. Die Stimmung der Versammlung mißfällt dem Blatt sehr, und es macht der Reichsregierung schwere Vorwürfe, weil sie nicht schon lange gesetzliche Bestimmungen gegen das Streikrecht der Beamten getroffen hat. Die „Deutsche Tageszeitung“ hat folgende gute Ratsschläge zur Hand:

„Es gibt zwei Möglichkeiten, dem Beamtenstreik zu Leibe zu gehen. Das eine ist das gesetzliche Verbot. Man hat es zwar seinerzeit aus den Kreisen der Regierungsparteien gefordert, und es wäre nun die selbstverständliche Konsequenz aus dem eigenen Standpunkt der Regierung, aber die Sozialdemokraten wollen bekanntlich nicht; und wenn die Sozialdemokraten nicht wollen, ist für eine Regierungsthat offenbar die Sache erledigt. Selbst wenn es eine solche ist, bei der es für den Staat ebenso wie für die Beamtenschaft selber schließlich um Kopf und Kragen geht. Ein anderes Mittel gegen den Beamtenstreik aber, ein indirektes, ist das, ihm die Erfolgsaussicht zu nehmen. Und diese Möglichkeit ist in erheblichem Umfange gegeben durch einen entsprechenden Ausbau der Technischen Nothilfe. Auch hier ist zwar mit starken Widerständen von links her zu rechnen; aber der Gedanke der Technischen Nothilfe ist doch durch die Erfahrungen der letzten Jahre so volkstümlich geworden, daß eine nicht völlig in der Unterwürfigkeit vor Unabhängigen und Sozialdemokraten erstarrte Regierung da mit bester Erfolgsaussicht Hand ans Werk legen könnte.“

Wenn sie es noch nicht wissen, dann mögen die Beamten daran sehen, wo ihre Feinde sitzen. Für die Rechtssozialisten aber ist es nicht sehr schmeichelhaft, daß die „Deutsche Tageszeitung“ ihren Widerstand gegen die Technische Nothilfe anscheinend nicht sehr groß einschätzt. Es wäre gut, wenn die Reaktionsäre recht bald eines besseren belehrt werden würden, zumal in diesem Punkte auch in der Arbeiterschaft Zweifel rege sind.

Ein politischer Skandal

Wie aus Budapest gemeldet wird, war der deutsche Gesandte in Budapest, Graf Fürstberg, bei der feierlichen Trauerfeier für Graf Károly in der Matthiaskirche als einziger Auslandsvertreter neben dem Gesandten der Vereinigten Staaten und dem Vertreter der russischen Monarchisten anwesend. Der Trauermesse wohnte Reichsberater Horváth und die hervorragenden Repräsentanten der ungarischen Aristokratie und Gesellschaft bei.

Wir erwarten, daß das Auswärtige Amt sich unverzüglich zu dieser Meldung äußert. Sollte es zutreffen,

daß der Gesandte der Deutschen Republik an der monarchistischen Demonstration in Budapest teilgenommen hat, so muß für schnelle Neubefugung des Budapesters Gesandtenpostens gesorgt werden.

Theodor Schwarz gestorben

Einer von den ganz Alten ist dahingegangen. In der Nacht zum Sonntag starb in Lübeck Theodor Schwarz, der Führer der Sozialdemokratischen Partei dieses Ortes. In Lübeck geboren, in Lübeck nach fast 81 Jahren gestorben. Diese Verwurzelung in der engeren Heimat, die sich noch darin äußert, daß er einmal eine Lübecker Geschichte schrieb, kennzeichnet den Mann und seine Art. In ganz jungen Jahren schon ist Theodor Schwarz zur Arbeiterbewegung gekommen. Er half den Kasselerischen Arbeitervereine gründen. Er war einer der führenden Köpfe in der vereinten Partei, er wurde schließlich zum anerkannten Führer der Lübecker Arbeiterbewegung und einer der bekanntesten Köpfe in der Gesamtpartei. Aus jener Epoche haben wir eine ganze Anzahl gleichgearteter Persönlichkeiten. Was Singer für Berlin, Bod für Gotha, Probst für die Pfalz, Ulrich für Ocken, Reichardt für Thüringen war, das bedeutete Schwarz für Lübeck und weite benachbarte Gebiete von Mecklenburg und Schleswig-Holstein. Sie waren zugleich die Repräsentanten der örtlichen Bewegung und die Verbindungsmänner mit den Organisationen im Reich. Das Leben hat es Theodor Schwarz nicht leicht gemacht und er bekam alle Mühen und Tücken des Klassenkampfes zu spüren. Wiederholt mußte er seinen Beruf wechseln, und es zengt für seinen beweglichen und doch gründlichen Geist, daß er, Farmer und Seemann zugleich, bis zur Verschmelzung mit dem Deutschen Metallarbeiterverband Vorsitzender des Formerverbandes und zugleich Sachverständiger in allen seemannischen Angelegenheiten war. Seit 1890 gehörte er dem Reichstag mit einer kurzen Unterbrechung an. Für die Nationalversammlung und das Parlament der Republik kandidierte er nicht mehr. Seine linksgerichtete Auffassung führte ihn während des Krieges an die Seite der Kreditverweigerer, und als sich die Sozialdemokratische Arbeitergemeinschaft bildete, schloß er sich dieser Fraktion an. Die Spaltung der Partei brachte ihn wieder zur alten Fraktion zurück, wo er jedoch nicht bei der gegen den Krieg opponierenden Minderheit blieb. Wenn unsere Wege auch zuletzt nicht mehr zusammen gingen, so hindert uns das doch nicht, die Verdienste anzuerkennen, die Theodor Schwarz für die gesamte Arbeiterbewegung durch seine Tätigkeit sich erworben hat und die ihm ein danerndes Andenken bei dem deutschen Proletariat sichern werden.

Ein Jubilar

Mit dem alten Theodor Schwarz zugleich wird ein anderes führendes Mitglied der S. P. D. gefeiert, wenn auch in anderer Weise und von anderer Seite. Heinrich Cunow wird heute 60 Jahre alt. Aus diesem Anlaß brachte das „Berliner Tageblatt“ schon gestern eine warme Würdigung des Mannes und seines Werkes. Der lebenswürdige Geburtsstagsgruß des liberalen Blattes schließt mit folgendem Absatz:

„Heinrich Cunow gilt heute in der mehrheitlich sozialistischen Partei als der anerkannte Parteitheoretiker. Die Qualifikation hierfür hatte er neben anderem nicht zuletzt in den beiden 1908 und 1913 erschienenen Schriften „Die revolutionäre Zeitungsliteratur Frankreichs 1789-94“ und „Der Ursprung der Religion“ erbracht. Ist die erste Schrift eine anschaulich geführte interessante Darstellung der verschiedenen Parteien der großen Revolution und ihrer Presse, so basiert die zweite Arbeit auf den ausgedehnten ethnologischen Forschungen ihres Verfassers. In diesem Buche geriet er schon damals nicht nur mit Kautskowschen, sondern auch mit Marx-Engelschen Auffassungen aneinander. Seine gegenwärtig letzte publizistische Arbeit ist das im letzten Jahre erschienene zweibändige Werk über die „Marx'sche Weltanschauung, Gesellschafts- und Staatslehre“. Eine Darstellung der Marx'schen Soziologie, eine zeitgemäße Interpretation, Neuordnung und Weiterführung und hier und dort auch eine Kritik des Marx-Engelschen Weltanschauung. Eine Verlebendigung der sozialistischen Doktrin, ein Bekenntnis zum Staatsgedanken, das insbesondere die Arbeiterschaft von der starren Negation zur Mitarbeit am und im neuen Staate gewinnen will.“

Wir finden es ganz natürlich, daß das liberale Börseblatt Heinrich Cunow als den zeitgemäßen Interpreten des Marxismus feiert. Cunows Marxismus und der „Marxismus“ des „Berliner Tageblattes“ dürften sich nicht wesentlich voneinander unterscheiden. Darum gratulieren auch wir — Herrn Cunow sowie dem „B.T.“

Die Explosion in Gleiwitz

Gleiwitz, 10. April.

Der Kreisinspektor veröffentlicht über die Explosionskatastrophe folgenden amtlichen Bericht:

Sonntag, den 9. April, während einer Durchsichtung auf dem Friedhof der Katholischen Kirche wurden in der Kapelle des Kirchhofs Waffen und Munition in großer Menge gefunden. Gegen 14 Uhr entstand beim Abtransport dieses Materials eine furchtbare Explosion, wodurch die Kapelle zerstört und die gegenwärtigen sowie die in der Nähe sich befindenden französischen Soldaten getötet wurden.

Die durch den technischen Dienst der Genietruppen vorgenommene Untersuchung ergab als Grund der Explosion eine gegen die Mauer der Kapelle abgebrannte Melinitmine, welche zur Herbeiführung der Explosion mit einem Nachzündsystem versehen war, um im Falle einer Durchsichtung ein abschauliches Attentat zu bewirken.

Infolge dieser Katastrophe beschließt der Kreisinspektor des Stabes Gleiwitz, daß die öffentlichen Lokale, Theater, Konzertsäle, Tanzsäle und Kinos bis nach dem Beendigung der Verunglückten geschlossen bleiben und daß nach dem Beendigungsdatum dieselben Lokale sowie auch die Schankstätten, Restaurants usw. um 8 Uhr bis auf weiteres geschlossen werden müssen.

Parlamentarischer Untersuchungsausschuß in Braunschweig. Der auf Antrag aller Fraktionen des Braunschweigischen Landtages eingesetzte Untersuchungsausschuß zur Prüfung der gegen jetzige und frühere Minister erhobenen Vorwürfe hat am Montag seine Verhandlungen begonnen. Es wurden bereits eine Reihe von Zeugen vernommen. Bisher haben sich tatsächliche Unterlagen für die Beschuldigungen nicht ergeben. Die Verhandlungen dürften die ganze Woche in Anspruch nehmen.

Die Reparationsverhandlungen

Die deutsche Antwort

Berlin, 7. April.

Die heute vormittag in Paris übergebene Antwort der Deutschen Regierung an die Reparationskommission hat folgenden Wortlaut:

Die Deutsche Regierung beehrt sich den Empfang der Entscheidung der Reparationskommission vom 21. März d. J. und des Schreibens an den Herrn Reichskanzler vom gleichen Tage zu bestätigen.

Seit dem 14. Dezember 1921, als die Deutsche Regierung ihr Stundungsgebet an die Reparationskommission richtete, ist eine über alle Erwartungen hinausgehende

Berücksichtigung der finanziellen Schwierigkeiten Deutschlands

eingetreten. Der Dollarkurs an der Berliner Börse, der sich durchschnittlich im Januar um 180, im Februar um 200, bewegt hatte, ist infolge der Defizitabrechnungen im März zunächst allmählich weiter gestiegen und hat dann unter dem Eindruck der Entscheidung der Reparationskommission den Stand von 300 dauernd überschritten. Gleichzeitig mit dieser Verstärkung der äußeren Kaufkraft der Mark ist auch ihre innere Kaufkraft weiter gesunken. Dies hat zu großen wirtschaftlichen und sozialen Bedrängnissen geführt. Die Teuerung ist von Woche zu Woche fortgeschritten und beträgt für viele unentbehrliche Lebensbedürfnisse das 60 oder 70fache oder noch mehr. Selbst Brot, dessen Preis noch künstlich niedrig gehalten wird, war Ende März für den Verbraucher gegenüber der Zeit vor dem Kriege auf mehr als das 25fache gestiegen. Bei Kohle trat von Januar bis Ende März eine Steigerung einschließlich der Steuer vom 35fachen auf das 60fache, bei Baumwolle eine solche vom 65fachen auf das 95fache ein. Auch die Haushaltsgegenstände, Möbel, Wäsche usw. sind im März gegenüber dem Januar um weit über 100 Prozent gestiegen. Diese Teuerung hat zu einer

erschreckenden Notlage weiter deutscher Kreise

geführt. Das wirkt um so schlimmer, als Deutschland trotz des seit 1913 eingetretenen Rückgangs des Fleischverbrauchs um 55 bis 60 Prozent und des Brotverbrauchs um etwa 24 Proz. einen jährlichen Aufschub von Lebensmitteln aus dem Ausland im Werte von 2½ Milliarden Goldmark benötigt. Die zur Aufrechterhaltung der Brotration erforderliche Einfuhr von Getreide wird im Jahre 1922 allein noch rund 500 Millionen Goldmark kosten. Können die hierfür notwendigen Devisen nicht aufgebracht werden, so steht eine Hungersnot bevor. Die Deutsche Regierung sieht der Entwicklung im Sommer mit größter Besorgnis entgegen. Gelingt es nicht, die weitere Geldentwertung aufzuhalten, so wird die Mark im Auslande als Währung bald keine Geltung mehr haben und damit die Lebens- und Leistungsunfähigkeit Deutschlands eintreten. Diesen Zusammenhang zu verbinden, liegt im gemeinschaftlichen Interesse nicht nur Deutschlands, sondern der ganzen Welt. Die Gefahren beruhen vor allem in den Goldzahlungen.

Die Deutsche Regierung sieht sich daher genötigt, die Reparationskommission zu bitten, in eine Nachprüfung der Entscheidung vom 21. März d. J. einzutreten. Sie ist überzeugt, daß die Reparationskommission diesen Antrag auf Grund einer eingehenden Prüfung der deutschen Leistungsfähigkeit gemäß Artikel 234 des Vertrags von Versailles als berechtigt anerkennen wird.

Die erbetene umfassende Nachprüfung der deutschen Leistungsfähigkeit auf Grund des Artikels 234 ist überaus schwierig und bedeutungsvoll. Dabei sind die zu prüfenden Fragen wissenschaftlich und praktisch neu und unerforscht. Infolgedessen schlägt die Deutsche Regierung vor, daß diese Prüfung unter Leitung der Reparationskommission durch eine Anzahl von Sachverständigen vorgenommen wird, die nicht lediglich den unmittelbar beteiligten Staaten angehören.

Die Kommission würde ihre Prüfung insbesondere auch auf die im Vertrage von Versailles hervorgehobene Frage der Vergleichung des deutschen Steuerwesens mit den Systemen der in der Reparationskommission vertretenen Mächte zu erstrecken haben. Diese Frage muß in einer so überzeugenden Weise beantwortet werden, wie das bei der gerade in letzter Zeit auch von alliierter Seite wiederholt anerkannten Schwierigkeit des Problems überhaupt möglich ist. Mit Ziffern belegte Ausführungen sind in der Anlage I zur deutschen Note vom 28. Januar d. J. und den zugehörigen Unterlagen enthalten. Diese Ausführungen sind in den Mitteilungen der Reparationskommission vom 21. März nicht erwähnt und bisher nicht widerlegt worden.

Bereits in der Note vom 28. Januar hat die Deutsche Regierung ihre Überzeugung dahin zum Ausdruck gebracht, daß

nur auf dem Wege einer äußeren Anleihe

die erforderlichen Mittel zur Deckung der Reparationslast beschafft werden können, und daß nur eine derartige Anleihe die Stabilisierung der Wechselkurse herbeiführen kann. Die bisher eingetretene Entwicklung hat die Deutsche Regierung in ihrer Auffassung bekräftigt. Nur eine solche Anleihe würde es ermöglichen, daß die Barzahlungen für das Jahr 1922 bewirkt werden können. Ein Teil der Anleihe könnte zur Regulierung der deutschen Valuta abgewandt werden. Die Reparationskommission hat inzwischen die Berufung einer Sachverständigenkommission unter Zuziehung eines neutralen und eines deutschen Vertreters zur Prüfung dieser Frage beschlossen. Die Deutsche Regierung gibt dem Wünsche Ausdruck, daß die Arbeiten dieser Kommission so bald wie möglich zu praktischen Ergebnissen führen.

Allerdings erscheint der Deutschen Regierung das Gelingen jeder Reparationsanleihe nur möglich, wenn die Geldgeber damit rechnen können, daß mit dem Erlöse der Anleihe nicht nur eine Reihe von Jahreszahlungen, sondern auch die sonstigen nach dem Vertrage von Versailles neben den Reparationen bestehenden Devisenverpflichtungen finanziert werden. Insbesondere wären durch die Anleihe auch die Verpflichtungen aus dem Auslandsverfahren zu decken, und es müßten etwaige Verpflichtungen zu Barzahlungen aus Artikel 207 des Vertrags von Versailles so lange ge-

stundet werden, bis ihre Auszahlung nach eingetretener Erhöhung der deutschen Leistungsfähigkeit möglich ist.

Im Zusammenhang mit der endgültigen Festlegung der deutschen Reparationsleistungen auf Grund der Nachprüfung der Leistungsfähigkeit Deutschlands wird zweckmäßig die Frage der Garantien zu reifen sein.

Die Deutsche Regierung vermag den in den Mitteilungen der Reparationskommission vom 21. März d. J. verlangten Garantien nicht zuzustimmen, soweit sie über das Angebot der deutschen Note vom 28. Januar hinausgehen.

Sowohl die Forderung auf Schaffung von 60 Milliarden neuer Steuern, wie die vorgeschlagenen Kontrollmaßnahmen stehen im Widerspruch zu den unzweideutigen Zusagen der Alliierten in ihrer Note vom 16. Juni 1919. Die Mehrforderungen sind auch praktisch undurchführbar. Das gilt insbesondere von den 60 Milliarden neuer Steuern über das Steuerkompromiß hinaus. Die steuerliche Belastung, wie sie das Steuerkompromiß vorsieht, ist nach Lage der gegenwärtigen Verhältnisse das Höchste, was dem deutschen Volke und der deutschen Wirtschaft an Steuerlasten zugemutet werden kann. Infolge des Valutakurses werden sich überdies die Aufwände des Haushalts bei wichtigen Steuern und Abgaben erhöhen. Außerdem ist die Aufhebung der in der Note vom 28. Januar angeforderten Zwangsanleihe in den letzten Tagen gütlich beschlossen worden. Ihr Ertrag dürfte der von der Reparationskommission geforderten Erhöhung des Steuerertrags entsprechen. Er soll zu einem großen Teil bereits im Kalenderjahr 1922 eingehen. Die Zwangsanleihe soll drei Jahre unverzinslich bleiben sie wirkt deshalb wie eine Steuer, die ausschließlich das Kapital belastet.

Was die von der Reparationskommission in Aussicht genommene Kontrolle angeht, so würde die Deutsche Regierung sich mit keiner Kontrolle einverstanden erklären können, welche mit der deutschen Finanzautonomie nicht vereinbar ist. Die Deutsche Regierung ist bereit, der Reparationskommission alle notwendigen Aufklärungen über die Finanzlage Deutschlands und ihre finanziellen Maßnahmen zu geben. Es wäre aber für keine Regierung tragbar, dem Ausland einen maßgebenden Einfluß auf die Gestaltung und Anwendung der Geldgebung im einzelnen zuzugestehen.

Die Deutsche Regierung glaubt sich auf diese grundsätzlichen Vorschläge und Erklärungen beschränken zu können, indem sie annimmt, daß Einzelheiten sowie die sonst in den Mitteilungen der Reparationskommission berührten Punkte demnähe in besonderen Verhandlungen zu erörtern sein werden.

Paris, 10. April. (Davas.)

Der Reparationsausschuß hat die Antwort des Reichskanzlers Wirth auf seine beiden am 10. März gerichteten Schreiben vom 21. März bezüglich der von Deutschland im Jahre 1922 zu tätigen Leistungen erhalten. Die Reparationskommission wird diese Antwort unverzüglich einer Prüfung unterziehen und sie im Laufe des Abends veröffentlicht.

Paris, 10. April.

Poincaré hat heute morgen den französischen Botschafter in Berlin Laurent empfangen.

Der Achtstundentag

Der sozialpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates hat in einigen Sitzungen der letzten Zeit Sachverständige über die Frage des Achtstundentages vernommen, um seinen Beratungen über das Arbeitszeitgesetz eine Grundlage zu geben. Ueber einige dieser Gutachten, insbesondere über die Ausführungen der Vertreter der freien Gewerkschaften, die jede Verlängerung der Arbeitszeit ablehnten, haben wir bereits berichtet. Jetzt liegt auch das Gutachten unseres Genossen Dr. Silberding vor, das folgendermaßen lautet:

Man müsse zwischen Arbeitsprozessen unterscheiden, die eine starke Anspannung der Arbeitskraft erforderten und zwischen solchen, bei denen der Arbeiter im wesentlichen nur Beobachter sei. In Industrien ersterer Art, wie der Eisen- und der Textilindustrie, habe sich der Achtstundentag durchaus bewährt. Es sei dort eine Kompensation der Verkürzung der Arbeitszeit durch Erhöhung der Intensität eingetreten. Außerdem habe der Achtstundentag die Wirkung gehabt, daß er zu einer Verbesserung der Technik und der Organisation der Betriebe führte. Die Stellungnahme zu einer kürzeren Arbeitszeit sei immer von den genannten Kompensationsmöglichkeiten abhängig. Für die deutsche Industrie erscheine der Achtstundentag durchaus tragbar. Er spiele absolut keine so große Rolle für ihre Leistungsfähigkeit, wie man gewöhnlich annehme. In viel stärkerem Maße werde die Leistungsfähigkeit durch die Enge der Rohstoffbasis, die schwierigen Verkehrsverhältnisse und die Belastung der Wirtschaft mit Vorsorgemaßnahmen, die sich aus dem schwankenden Geldwert ergeben, beeinträchtigt. Die Kompensationsmöglichkeiten sei zwar nicht bei allen Arbeiterkategorien gegeben, aber auch hier sollte man den Achtstundentag aus kulturellen Gründen als obere Grenze gelten lassen, was kaum denklich sei, da diese Arbeiterkategorien nur einen verhältnismäßig geringen Teil der gesamten Arbeiterschaft bildeten.

Dem Urteil des Genossen Silberding, das wir uns vollkommen zueigen machen, möchten wir hinzufügen, daß die deutsche Industrie es sträflicherweise unterlassen hat, von den in Gestalt von besseren Produktionsmethoden gegebenen Kompensationsmöglichkeiten ausreichenden Gebrauch zu machen. Es ist also die Schuld der Industriellen, wenn eine durch den Achtstundentag etwa eingetretene Leistungs-

minderung nicht schon überall ausgeglichen, ja mehr als ausgeglichen werden konnte.

In der Aussprache des sozialpolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrates, die der Vernehmung der Sachverständigen zum Arbeitszeitgesetz folgte, erklärten die Arbeitergeber, daß sie absolut nicht gegen den Achtstundentag und dessen geforderte Festlegung wären. Sie hielten aber die Durchführung in diesem Zeitpunkt aus wirtschaftspolitischen Gründen nicht für angebracht und müßten deshalb die vorläufige Suspendierung des Gesetzes auf 5 Jahre verlangen.

Die Arbeitnehmer bestritten, daß eine Verlängerung der Arbeitszeit ein wirksames Mittel zur Vermehrung des Gesamtproduktes sei. Man soll den Organisationen freie Hand lassen, die erforderlichen Ausnahmen von der achtstündigen Arbeitszeit tariflich zu regeln. Wegen einer Suspendierung des Gesetzes müsse die Arbeiterschaft aber ganz entschieden Stellung nehmen.

Ein Mitglied der Abteilung 3 erklärte, daß die erwartete Steigerung der Intensität der Arbeit in vielen Gewerben nicht eingetreten sei. Das bedinge einen Anstieg an Produkten, der bei der gegenwärtigen Lage Deutschlands nicht zu ertragen sei. Die Verlängerung der Arbeitszeit in gewissem Umfang wäre zwar nicht das einzige Mittel zur Vermehrung des Gesamtproduktes, müsse aber doch als dasjenige Mittel bezeichnet werden, das am schnellsten zu einer Vermehrung des Gesamtproduktes zu führen vermöge. Er empfehle daher ebenfalls die vorläufige Suspendierung des Gesetzes, obwohl er prinzipiell Anhänger des Achtstundentages sei.

Das ungarische Mörderparadies

Kampfanlage der Nordpatrioten

(U. R.) Budapest, 9. April.

Die polizeilichen Ermittlungen in der Angelegenheit des Bombenattentates haben zu dem Ergebnis geführt, daß die Fäden des Komplotts in der Zentrale der Erwachenden Ungarn zusammenlaufen. Der Innenminister, Graf Liebsteinsberg, hat sich darauf unter dem Besuche der öffentlichen Meinung veranlaßt gesehen, eine Hausdurchsuchung in der Zentrale vorzunehmen und gegen einige Führer der Organisation eine Untersuchung einleiten zu lassen. Die Erwachenden Ungarn antworteten auf diese Maßnahmen mit einer offenen Kampfanlage, indem sie Plakate in den Straßen aufschlugen, die von Beleidigungen der Regierung wimmeln, und zur „Verteidigung der christlich-nationalen Ideale“ aufriefen. In der ihnen nahestehenden Presse wird der Rücktritt Liebsteinsbergs gefordert. Infolge dieser Vorgänge befürchtet man neuerliche Attentate und Pogrome der Erwachenden Ungarn.

Die Untersuchung gegen die Erwachenden Ungarn.

Die Hausdurchsuchung im Zentralsbureau der Erwachenden Ungarn hat Depot von Pamphleten, Gewehren und Bomben zur Folge gefördert. Zwei Personen wurden verhaftet, die verdächtig erschienen, an dem Bombenattentat im demokratischen Club beteiligt zu sein. Der Hauptverdächtige, Detachementführer Kibo, in dessen Hause nachgewiesenermaßen die Holenmaschine zusammengesetzt wurde, ist aus Budapest entflohen. Die anlässlich der Durchsuchung aufgefundenen Dokumente bestätigen die bereits bekannte Tatsache, daß die Organisation der Erwachenden Ungarn einen Staat im Staate bilden, mit eigenen bewaffneten Truppen, einem ausgebildeten Spiondienst und mit sehr guten Beziehungen zu vielen ersten Regierungsstellen.

Das neue russische Zentralkomitee

Der Kongress der Russischen Kommunistischen Partei ist am 4. April geschlossen worden. Das neu gewählte Zentralkomitee besteht aus folgenden Personen: Andrejew, Woroschilow, Derschinskij, Selenski, Sinowjew, Kollin, Kamenew, Korobkow, Kubischew, Lenin, Wolotow, Petrowski, Rabef, Rakomski, Orschanidse, Kufow, Siapronow, Rudzutak, Sololnikow, Smirnow, Sjalin, Trotski, Jaroslowski, Grundke, Tschudari.

Lenin sagte in seiner Schlussrede: Im Vergleich zu den vorhergehenden habe dieser Kongress eine größere Festigkeit und Einmütigkeit gezeigt. In der Gewerkschafts- und Wirtschaftspolitik beständen keine bemerkenswerten Meinungsverschiedenheiten (?). Der Kongress bilde einen lebendigen Gegenbeweis für die Behauptung der Gegner, daß die Partei in Altersschwäche verfallende. Keine Macht der Welt könne der Partei die weltbedeutenden Errungenschaften der Revolution entreißen; sie habe Zugeständnisse gemacht, doch sei der Rückzug beendet. Jetzt heiße es, gemeinsam mit den Bauern Schritt für Schritt vorzurücken.

Bolschewistische Ehrenjäger

Moskau, 9. April.

Der Vorsitzende des Zentral-Exekutiv-Komitees Kollin verlieh gestern Auszeichnungen an einige Oderschützen. Es erhielten der Oberkommandierende Kamenew eine Ehrenschußwaffe, ebenso der Kommandeur der ersten Reiterarmee Budennow, goldene Ehrenjägerfrunse und Woroschilow als Führer der ukrainischen bzw. der Süd-Ost-Front.

Für den Fall, daß etwa jemand der Meinung sein sollte, diese Nachricht gehöre in die humoristische Ecke unseres Blattes, möchten wir zur Aufklärung bemerken, daß wir die Verteilung von Ehrenjägern durch die bolschewistische Regierung für ein Merkmal einer schlimmen politischen Verirrung und damit für eine außerordentlich ernste Sache halten.

Verantwortlich für die Redaktion Robert Gensel, Berlin; für den Anzeigen- und geschäftlichen Teil: Ludwig Rasmussen, Berlin. — Verlags-Gesellschaft „Friede“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck von Gehring & Heimerich, e. G. m. b. H., Berlin SW. 68, Ritterstraße 75.

Briefkasten

der „Gemeinschaft der Zufriedenen“ und solcher, die es werden wollen.

E. S. in M.: Sowohl der Lohmann-Kneifer ist verhältnismäßig immer noch billig geblieben. Er ist gegenüber den Friedenspreisen kaum um halb so viel gestiegen als die meisten Lebensmittel. Besonders wird er aber billig durch seine ungewöhnliche Haltbarkeit. Lesen Sie bitte das folgende Wort:

B. J. in M.: Bin überzeugt, daß mein Lohmann-Kneifer nach zehn Jahren noch genau so fest ist und dabei stabil ist wie heute nach vierjähriger ständiger Benutzung. — All die bekannten Unannehmlichkeiten: Zeit und Geld verschwenden, unendliche Reparaturen bezahlen, braucht man beim Lohmann-Kneifer also nicht in Rechnung zu setzen.

Frau Wanda S. in B. schreibt: „... ganz nach Wunsch. Der Lohmann-Kneifer ist sehr gut, sieht fein aus und drückt nicht.“ In der Tat: Gut sehen und gut ausfallen: das waren die idealen Forderungen die der Erfinder sich gestellt hatte. Natürlich freut es uns, immer wieder zu hören, daß der Lohmann-Kneifer sie erfüllt.

B. S. in D.: Sie haben recht, es ist die Feder- und Sieg-Kombination, die den berühmten Lohmann-Sieg bewirkt. Leicht wie ein Schmetterling, dabei fest wie angegossen.“ Der Lohmann-Sieg ist seit Jahren patentiert. Kein anderer Kneifer hat ihn.

E. L. in B.: „Modell 1922: Unschätzbar“ haben wir die neue Verbesserung des Lohmann-Kneifers genannt. Zwei Abbildungen des randlosen wie des modernen gerandeten Lohmann-Kneifers 1922 finden Sie auf Seite 2 des Prospektes über unser großes Preis-Aus-schreiben 25 000 Mark für Lohmann-Kneiferträger.“ — Verlangen Sie ihn möglichst sofort kostenlos, ehe die Auflage vergriffen ist, in unserer Fabrik-Verkaufsstelle (2 Minuten vom Potsdamer

Platz), Potsdamer Straße 134 a, damit Sie dieses unergiebiglich schöne Modell des Lohmann-Kneifers kennen lernen und sich außerdem die Teilnahme an dem Preis-Ausschreiben sichern. Der erste Preis beträgt zehntausend Mark bar... das bedeutet auch heute noch eine schöne Sommerreise bzw. eine beträchtliche Weihnachtsgabe!

O. L. in G.: Ja warum? Warum sind viele Menschen so geschäftig wegen ihrer unerfindlichen Augen? Wir unsererseits können nicht mehr tun, als das Zeit zu Zeit die Taschen über den Lohmann-Kneifer zu veröffentlichen und jedem Glasfasertragenden kostenlosen Vorkauf ohne jede Verbindlichkeit anzubieten in unserm optischen Spezial-Institut, Potsdamer Straße 134 a. Würden alle ihn kennen, würden alle ihn tragen.“

Verlangen Sie noch heute: Preisanschreiben-Bedingungen und Prospekt 7 kostenfrei von Lohmann-Kneifer e. G. m. b. H., Berlin W., Potsdamer Straße 134 a.

Für den
Kaffee-Trinker

empfehlen wir unsere
bekannt guten Qualitäten

Butter
Margarine
Auszug Weizenmehl

ferner empfehlen wir
Malzkaffee
Kaffee
Tee

150
Geschäfte

Coreley Union Reichelt

Assmann Cadewig

Theater u. Vergnügungen

Vollsbühne
7 1/2 Uhr:
Die Katten

Neues Volkstheater
Röpelcher Straße 65
7 1/2 Uhr:
Heuchler

Staats-Theater
Opernhaus
7 1/2 Uhr:
Fidelio

Schauspielhaus
7 1/2 Uhr:
Armand Carrel

Deutsches Theater
7 1/2 Uhr:
Cyrano von Bergerac

Kammerspiele
7 1/2 Uhr:
Der Weinst

Großes Schauspielhaus
9 Uhr:
Dantons Tod

Theater 1. d.
Königgrätzer Str.:
7.30 Die wunderlichen
Geschichten des
Kapellmeist. Kreisler

Komödienhaus:
Täglich 7 1/2 Uhr:
Gretchen
Erika Glässner
R. A. Roberts

Berliner Theater
7 1/2 Uhr:
Einer von
unsere Lent'
Clewing, Sabo
Haskel, Klefer
Sonnabend: Premiers:
7 Uhr: Madame Tillet

ROTTER-BÜHNEN
Täglich 7 1/2 Uhr:
Irianon-Theater
DER VULKAN

Kleines Theater
Das kleine
Schokoladenmädchen
Residenz-Theater
Eine Frau ohne Namen

Theater am Nollendorfsplatz
7 1/2 Uhr:
Die Ehe im Kreis

Casino-Theater
7 1/2 Uhr:
Familie Gänselein

Theater des Orions
(Kino-Theater)
7 1/2 Uhr:
Beitrot auf Probe

Walinar-Theater
7 1/2 Uhr:
Die beiden Wachtigvallen

Apollotheater
Friedrichstr. 218
8 Uhr:
„Venus auf Erden“
Verfar: Große Variet-
Attraktionen.

Walhalla-Theater
7 1/2 Uhr:
Don Cesar

Metropol-Varieté
Fährstraße 54
„Der tote Punkt“
Terzetta, Duetts
von Pianini & Ziegler
Eise Müller
Denger, Riedel, Pauly
5 Juuciros
Slier, Alvari, Libal
Reeves - Reeves
2 Barilla, Pilsnay,
Jupia-Barta
Lotte Werkmeister

Theat. u. Kothl. Tor
Tel. West. 19077
Tägl. 7 1/2 Uhr:
Str. nom. 8 U.
Elite-Sänger
10 Prozent!
Mit Komit!
K. u. h. h. h. h. h.
h. h. h. h. h. h. h.

CIRCUS BUSCH
Tägl. 7 1/2 - Sonntag nach 3 U.
Nur noch kurze Zeit
Margarita und
Störtebeker,
der Beerauber.
Die ungarische
Heiseberin.
Der so-tante
Mexikaner.

Teilzahlung!
Garderobe
für Damen, Herren
und Burschen
sehr preiswer
info: groß, alter
Lagerbestände
bei bequemen
Ratzahlungen
H. Tyra & Co.,
L. u. M., Wollstr. 10

Metall-Kauf
Königsstr. 87
Neue Königstraße 87
zahlt: agespreise für
Messing Kupfer,
Blei, Zink etc.

Geld
für jede Wechsel, Gold-
Bausparnisse für Hand-
schreiben, Besitzen, Wolo-
genstände, Leppich,
Bücher usw. Wolff,
Friedrichstr. 41, 11.
ohne Requir.

Mandolinen,
Saiten, Saiten, Zeh-
njahring, Schmidt, Bin,
Petersburger Str. 23, 1.

Altmetalle
zahlt hohe Preise, ober-
seer Str. 1, Reinick-
bacher Str. 167.

Die Internationale Arbeiterbewegung
Organ der Roten Gewerkschafts-
Internationale Nr. 7 Herausgegeben vom
Vollzugs-Büro

Aus dem Inhalt:
Der Hunger in Rußland und die Aufgaben der
internationalen Arbeiterbewegung - A. Lo-
sowski: Zwei Internationales - G. Ziperowitsch:
Die neue Wirtschaftspolitik in Sowjetrußland und
die Aufgaben der Gewerkschaften - Tom Mann:
Die Wirtschaftslage Englands - Fritz Heckerl:
Auf dem Wege zur Roten Gewerkschafts-Internationale.
Aufsätze über die Gewerkschaftsbewegung
in Amerika, Spanien, Portugal, Deutschland,
Tschechoslowakei, Polen, Norwegen, Japan u.a.m.

Preis M. 25.- (Organisations-Ausgabe M. 10.-)
Zu beziehen durch alle Buchhandlungen
oder direkt von der Auslieferungstelle
für Deutschland:
Phöbus-Verlag
Berlin SW11, Königgrätzer Straße 109

Gold-, Silber-, Platin-
Ringe, Ketten, Lohrer, Bruch Zahngebisse usw.
Brillanten
kaufen stets zu dem allerhöchsten Preise
Gebr. Fuhrmann, Nollendorfspl. 39

Uccoral in Zigarrengeschäften erhältlich
echte Kapitän-Kautabak, nur
der Zettelinlage (Kollen, Schellen, Stangen, Twist
Nr. 4.- Einzelverkauf) Verkaufsstellen durch
Carl Röcker, Berlin, Lodenberg Str. 22 (tags 3891)

Briefwechsel zwischen Schiller u. Goethe
— Schiller und Goethe
352 Seiten stark und gut gebunden je 5.- M.
Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C2, Breite Str. 8-9

**Flaschenzug-
schlosser**
sowie **Premer**
stellt zu günstigsten Be-
dingungen sofort ein
Grobema
Schulzenborner Straße 10

Lautdecken 95. 1.00
Lutschauche 150 M.
25. 35
45 M.
Versand nach u. zw. Baden
Schwarz, Berlin, Bodestraße 13

Deutscher Metallarbeiter - Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54
Linienstr. 53-55
Geschäftszeit von vorm. 9 bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Ami Norden 533, 534, 535, 536.

Am Mittwoch, den 12. April 1922, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, in den Ruffertälen,
Kaiser-Wilhelm-Straße 31:
**Außerordentliche
Branchen-Versammlung**
der Zigarettenmaschinensührer
und Betriebshandwerker.

Achtung! Achtung!
Bezirkskassierer u. Hauskassierer!
Auf Beschluß des Vorstandes werden
ab 15. Woche in allen Beitragsklassen
außer Zwangsbeitragsklasse doppelte Beiträge
erhoben.
Nach § 6 Abs. 5 des Verbandsstatuts
ist die Anordnung des Vorstandes für alle
Mitglieder bindend und sonach jeder
Kollege verpflichtet, die Beitragbeiträge zu
zahlen.
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Achtung!
Film-Fabrikation
Versammlung
der Film-Photographen, Entwickler,
Kopierer, Lichtbestimmer sowie der so-
dritations-Hilfsarbeiter.
Mittwoch, den 12. April 1922,
abend. 7 Uhr im Graphischen Vereins-
haus Alexandrinenstraße 44.
Zusammenkunft:
1. Geschäftsliches. 2. Vortrag: Die Zukunft der
Film-Industrie durch die neue Verfilmung der
Stimmen? Referent: Berger. 3. Bericht über
die letzten Lohnverhandlungen. 4. Verschiedenes.
Das Film-Karte.

Deutscher Metallarbeiter - Verband
Verwaltungsstelle Berlin

Todes-Anzeige
Den Kollegen zur Nachricht, daß unter
Kollege, der Schlosser
Gustav Habermann
Kaugauer Straße 5
am 6. d. Mts. gestorben ist.
Es sei seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem
10. d. Mts. um 11 1/2 Uhr, von der Leichenhalle
des Krematoriums Berlin, Gerickestr. 46
aus statt.
Keine Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Botenfrauen sofort gesucht
bei erhöhtem Lohn

Expedition Wengels
O, Cadiner Straße 11
Tour: Liebigstraße

Expedition Werner
Greifswalder Straße 29
Tour: Frieden-, Höfste-, Büchlingstraße

Expedition Sinner
Skalitzer Straße 101

Expedition Jordan
Dresdener Straße 24

Expedition Hädicke
Aldershof, Kleingartenweg. 8

„Freiheit“ Expedition
Charlottenburg
Wall Straße 4

Kleide Dich billig, elegant!
im Leihhaus Moritzplatz 58 a

Jackett-Anzüge, Covercoats, Gummimäntel, Cutaways, Schlüpfer
letz von 1900 M. an. Ferner Damen-Kostüme, Kleider, Wasche, Teppiche, enorm billig. In zwanzig
Kronen 400 M. Led-Übchen, Mäntel, Silberkleider, Kleider, Wäsche, Luchse, Sportkleider
Gespinnne sowie Mäntel, Damen-Pelzmäntel 3500 M. Pelzkleider. (Keine Lombardware.)

Hochbahnteufeleien

Bei Menschen mit auffallenden Stimmungsschwankungen und nervösem Launenspiel sagt man gerne: himmelhoch jauchzend — zu Tode betrübt, oder man läßt sie vom Himmel in die Hölle taumeln. Das gilt aber nicht allein von Menschen, man kann es auch recht gut auf Dinge und Einrichtungen anwenden.

Auf die Hoch- und Ufergrundbahn ganz gewiß. Sie ist ein Musterbeispiel scharf abgegrenzter Höhen- und Tiefenschwankungen, und wenn sie auch nicht gerade unmittelbar in den Himmel hinauffährt — mit der Hölle hat sie in letzter Zeit mehr Gemeinschaft als den bloßen Unterweltsbereich.

„Sprechen wir es ganz offen aus: ein Teufel — — sel ist in sie hineingefahren und dies, wie es sich für einen richtigen Teufel ziemt, gleich mit voller Befessenheit.“

Die Direktion glaubt an den Engel Sparsamkeit. Außerhalb der Direktion aber nennen es sämtliche Mitmenschen Geizteufel.

Die Direktion spricht Dankgebete für ersundenen Gewinn. Die Reisenden fluchen und verwünschen die fromme Direktion.

Sie sehen einfach nicht ein, warum sie bei einer Schnellbahn — und das will die Hochbahn doch bleiben — ihre ersparte Zeit wieder verlieren sollen, weil nur ein Schalter und nur ein Zugang geöffnet sind.

Sie klagen der Direktion nicht das Recht zu, Kriegspolonäse an Schalter und Zugängen zu veranstalten und durch Zusammenlegung von Ein- und Ausgang harmlose Menschen Bauchzusammenstoßen, Tätlichkeiten und Beleidigungsklagen auszulösen.

Und wenn schon ein richtiggehender Teufel mitten im Frieden recht unfriedlich wirkt, so ist die alte Erfahrung noch schlimmer, daß ein Teufel niemals allein kommt, sondern stets einen aufbewährten Arbeitskollegen mitnimmt. Und der ist da. Ein ganz niederträchtiger Höllenhund, der mit besonderer Bosheit ausgestattet ist, weil er die Aufgabe hat, Reisende und Schaffner zur Verzweiflung zu bringen. Seine Teufelseligenhaft wird dadurch nicht verdeckt, daß er sich für einen aus Versetzen nicht selbigepronomen und noch verschämlich in die Hölle geratenen Bürokraten mit meterhohem Heiligenschein ausgibt.

Kennen wir ihn den Lochteufel. Seine Höllentortur besteht darin, daß ein Umsteigefahrer am Ende der Reise unzählige Böcher besitzen muß und alle an bestimmten Stellen. Die Gesamtsumme der Lochzeit entspricht ungefähr der Hälfte der Fahrzeit.

Wir möchten gerne der Direktion helfen, Teufel auszutreiben, und darum fragen wir, ob ein ganz bestimmt auftretendes Geräusch auf Wahrheit beruht: hat sich wirklich ein Siebmacher die noch freigebliebene Rückseite zur Reklame vorbehalten?

Geben Sie Antwort, verehrte „Schnellbahn“direktion! Glaubhaft ist es, denn Reklame und Warenprobe fielen ja wirksam zusammen.

Aber wenn Sie schon sparen wollen: hier ist die beste Gelegenheit. Sparen Sie mit den Löchern und nicht mit Zeit und Bequemlichkeit Ihrer Fahrgäste und der Existenz Ihrer Angestellten.

Zum Teufel mit Ihrem Geizteufel!

Eine Erholungsstätte für die arbeitende Bevölkerung von Groß-Berlin. Der Naturheilverein Neutölln G. B., Mitglied des Verbandes „Volksgesundheit“ und des „Arbeiter-Sportartells“, hat im vorigen Jahre auf dem Gelände der ehemaligen Schießstände in der Doseheide ein Luft- und Sonnenbad errichtet, welches mit Brauseanlagen sowie sämtlichen Turngeräten ausgerüstet ist. Die in der Willio-

nenstadt zusammengebrängte Bevölkerung und besonders die weiten Volkskreise, die nicht ausspannen und die Stadt verlassen können, finden hier Erholung und Stärkung. Am Karfreitag, den 14. April, von nachmittags 2 Uhr ab stehen die Anlagen der Arbeiterkassette kostenlos zur Verfügung. Der Eingang ist Karlsgrabenstraße, Ecke Fontane-straße.

Ein städtischer Grunderwerbsock

Die meisten der größeren zu der neuen Stadt Berlin zusammengeschlossenen Gemeinden haben — in Form von Kapitalansammlungen und Grundstücken oder nur von Kapitalansammlungen — Grunderwerbsocke eingerichtet, für deren Ausstattung, Verwaltung und Verwendung sehr verschiedene Grundzüge bestehen. Um künftig auch die Grunderwerbsocke als solche nach einheitlichen Grundzügen zu verwalten, ersieht, wie das Nachrichtenamt der Stadt Berlin mitteilt, die Bildung eines Grunderwerbsockes zweckmäßig, dem erstmalig die bereits vorhandenen Socke und die noch nicht dazu gehörigen Grundstücke, die bestimmungsgemäß in den Sock einzufließen sind, zuzuführen sind. Die Grundstücksverwaltung nach der Deputationsauftragung mit den Haushalten dafür bleibt dem Bezirke; die Ausstattung des Sock, die Verwaltung seiner Kapitalien und Schulden und der Ausgleich jener Bezirks Haushalte sollen der zentralen Finanzverwaltung obliegen nach dem Zentralhaushalt für den Sock. Der Magistrat hat die Stadtverordnetenversammlung ersucht, einem entsprechenden Gemeindebeschlusse zuzustimmen.

Das „Güterverfahren“

Im Juli 1915 wurde in Berlin eine „Arbeitsgemeinschaft (Freie Vereinigung) der Freunde eines geordneten Güterverfahrens in Rechtsstreitigkeiten“ gegründet. Dem Ausschusse gehörten bekannte Juristen an. Seit der Gründungsnachricht hat man von der Sache nichts mehr gehört. Die überlasteten Gerichte könnten aber gerade heute ein gesetzlich geregeltes Güterverfahren, das ohne die Gebundenheit an gerichtliche Formel- und Paragraphenform etwa nach Art der Schlichtungsausschüsse im Arbeiterrecht oder der Mediationsämter gehandhabt wird, sehr gut vertragen. Wird doch allgemein über den außerordentlich schleppenden Gang in Zivilsachen bei fast allen Gerichten geklagt. Die finanzielle Seite der Sache würde wohl keine allzu großen Schwierigkeiten machen, wenn die streitenden Parteien die Kosten des Güterverfahrens tragen, die sicher wesentlich geringer sind als die Kosten des ordentlichen Gerichtsverfahrens. So könnten zahlreiche Streitigkeiten, die sonst vielleicht ein halbes Duzend Termine mit den bekannten Scherereien erfordern, in einem einzigen Gütertermine erledigt werden.

Ein neues Erholungsheim für Kinder

Zu den von der Stadt Berlin bisher unterhaltenen Erholungsheimen für erholungsbedürftige, unterernährte Kinder beiderlei Geschlechts in Scheuen in Dan- und Hermanns- werder bei Potsdam ist noch das Dörfchen-Erholungsheim Rest B. Köllin hinzugezogen, das unter Beteiligung der Stadt Köllin noch weiter ausgebaut wird. Die Lage auf einer 500 m breiten Neuhung zwischen Dörfchen und Jamundersee hinter den älteren — größtenteils mit Bäumen besetzten Dörfchen — ist besonders reizvoll. Neben dem Schulunterricht, der den Kindern von besonders bestellten Lehrern im Heim erteilt wird, sowie Unterweisung zur Anfertigung von Handarbeiten und im Gartenbau ist für die nötige freie Bewegung in der frischen Luft durch Veranstaltung von sportlichen Bewegungen und Spielen jeder Art unter Anleitung und Beaufsichtigung geeigneter Lehrkräfte gesorgt. Im Vorjahr war durchgängig bei den Kindern eine zum Teil erhebliche Gewichtsabnahme nach Beendigung des Aufenthalts im Heim festzustellen.

Der Aufenthalt erstreckt jedesmal auf die Dauer von sechs Wochen. Der Preis beträgt für Tag und Kind nur 25 Pf.

Für Unbemittelte sind mehrere Freistellen vorgesehen. Die Verleumdung der Kinder erfolgt unter Mitwirkung der Bezirksämter durch das Jugendamt, Hauptabteilung III, der Stadt Berlin. Die Bewerbungen der Eltern um Aufnahme ihrer Kinder sind bei dem zuständigen Bezirksamt zu stellen. Die Eltern werden im Interesse der Gesundheit ihrer Kinder auf das äusserst günstig gelegene Erholungsheim aufmerksam gemacht.

Rechtsprechung des Gewerbegerichts

Die Meldung einer Nachrichtenstelle, es hätten von 50 Entscheidungen eines Gewerbegerichts, gegen die im Laufe eines Jahres Berufung eingelegt sei, nur drei der Nachprüfung durch das Landgericht standhalten können, die übrigen 47 seien aufgehoben worden, ist eine Behauptung, die geeignet ist, ein unzutreffendes Bild wenigstens von der Rechtsprechung des Gewerbegerichts Berlin zu geben. Aus den Verwaltungsberichten für die acht Jahre, 1. April 1912 bis 31. März 1920 ist ersichtlich, daß von 766 während dieses Zeitraums gegen Urteile des Gewerbegerichts Berlin eingelegten Berufungen erledigt wurden: a) die Vorentscheidung bestätigend, 245, b) die Vorentscheidung abändernd, 158, c) die Vorentscheidung aufhebend, 31, d) durch Zurücknahme, 91, e) durch Vergleich 44, unerledigt blieben am Schlusse 1919/20, 108. Es schweben noch 94, zusammen: 766. Die 158 Abänderungen der Vorentscheidung dürften zum Teil geringfügiger Natur und darauf zurückzuführen sein, daß in der Berufungsinstantz von den Parteien neue Tatsachen vorgebracht wurden, die dem Vorberrichter nicht bekanntgeworden sind.

Zum Gedächtnis Stephans. In Erinnerung an den Tag, an dem vor 25 Jahren der erste Generalpostmeister des Deutschen Reichs verschieden ist, fand am Sonntag im Lichtlofe des Postmuseums im Beisein der Witwe und der Töchter Stephans sowie in Gegenwart des Reichspostministers Stieberts und vieler jetziger und ehemaliger Angehöriger der Postverwaltung eine Feierlichkeit statt, bei der Ministerialdirektor Konze Wesen und Wirken des Postorganisations schiederte.

Flarer Bleier, der mutige Vorkämpfer für Weltfrieden und Völkerverständigung, spricht am Charfreitag, den 14. April, nachm. 4 Uhr, im Realgymnasium Friedenau, Domuthstraße über „Erbsünde“. Durch Orgelspiel, Gesang und Violinvortrage wird dieser Vortrag stimmungsvoll umrahmt. Programme zu 3.00 Mark sind beim Genossen B. Schöner, Steinh. Mendenerstr. 4, Garth. II, zu haben.

Einrichtung weiterer Jugendheime im Bezirk Neutölln. Dem in zahlreichen Jugendvereinigungen Neutöllns stark hervorgetretenen Bedürfnis zur Inanspruchnahme geeigneter Räumlichkeiten zur Veranlassungszwecken hat das Bezirksamt durch Bereitstellung von zweckmäßig hergerichteten Räumen, soweit dies bei der gewaltigen Wohnungsnot überhaupt im Bereich der Möglichkeit liegt, Rechnung getragen. Insgesamt sind die im Bezirk bestehenden Jugendheime jetzt bis auf 7 erweitert worden. Die Unterbringung derselben konnte teils in Privathäusern erfolgen, teils mußten städtische Grundstücke in Anspruch genommen werden. Jugendheime befinden sich: Schierkestraße 44, Steinmehlestraße 118, Rogatstraße 58, Münchener Str. 52, Kaiser-Friedrich-Str. 4, Gemeindefchule Koppstraße und im Rathaus Brk. Im Interesse der Pflege und Förderung gediegener Unterhaltung sind mehrere dieser Heime u. a. mit Klavier und Bibliothek ausgestattet. Hinsichtlich des Benutzungsrechts wird bemerkt, daß die Vergabe der Räume vom Jugendamt dem Ortsausschuß für Jugendpflege in Neutölln übertragen ist.

Verhaftung eines Raubmörders. Wegen des Raubmordes an dem Kassenboten Desterreich von den Niederlausitzer Kohlenbergwerken wurde ein wegen ähnlicher Verbrechen bereits verfolgter Erich Gähner von den Strafbehörden gesucht. Jetzt wurde er in Berlin vor dem Straßenbahnhof in der Ellenstraße erkannt und festgenommen. Der Verhaftete ist geständig und gibt an, daß der Ueberfall in einer Laube in Treptow beiprochen worden und dann mit seinen bereits verhafteten Spielgefelln ausgeführt worden sei.

Unter fremden Menschen

Von Maxim Gorki.

Original autorisierte Uebersetzung von August Scholz. Unverändertes Copyright 1918 by Ullstein & Co., Berlin

(45. Fortsetzung.)

„In der Fettscherfischen Vorstadt,“ erzählte sie beispielsweise, „ist ein Tatar gestorben, dem floß die Seele zum Hals heraus, so schwarz wie Teer war sie.“

„Die Seele ist doch ein Geist,“ erwiderte ich, doch sie rief verächtlich:

„Was? Beim Tatarer? Dummkopf!“

Auch die junge Frau fürchtete sich vor Büchern.

„Das Bücherlesen ist sehr gefährlich,“ sagt sie, namentlich in jungen Jahren. In unserem Kirchspiel hat ein junges Mädchen aus guter Familie so lange gelesen, bis es sich in den Dämon verliebte. Die Frau des Dämons hat ihr dann vor allen Leuten Bescheid gesagt, mitten auf der Straße... Ein Skandal war's...“

Aus Smurys Büchern hatte ich mir gewisse Ausdrücke angewöhnt, die ich nun öfters, im Gespräch anwandte. Ganz besonders hatte mir die Redensart „im Grunde genommen“ gefallen, sie klang mir so voll und wichtig und hatte so etwas Geheimnisvolles. Als mich nun meine Leute eines Tages wieder aufforderten, ihnen etwas vom Dampfer zu erzählen, antwortete ich:

„Im Grunde genommen weiß ich nichts mehr zu erzählen...“

„Wie war das? Was hast du gefogt?“ quiekten die beiden Frauen.

Alle vier begannen im Chor zu lachen und riesen höhnisch:

„Im Grunde genommen — ha, ha, ha, nein, so was!“

„Da hast du dir was Rechtes ausgedacht!“ spottete auch mein Lehrmeister.

Fortan riesen sie mich eine ganze Weile nur bei diesem Spitznamen:

„Du, im-Grunde-genommen, geh' und wisch' den Fußboden auf — das Kind hat ihn bekleckert, im Grunde genommen...“

Ich fühlte mich durch diese albernen Hänseleien nicht gerade beleidigt, doch mußte ich mich über sie wundern.

Ich lebte im Nebel einer dumpfen, trüben Stimmung dahin, und um sie loszuwerden, arbeitete ich so viel wie möglich. An Beschäftigung fehlte es mir nicht, es waren zwei kleine Kinder im Hause, und die Kinderfrauen wurden jeden Augenblick fortgejagt, da mußte ich denn jedesmal einspringen. Ich hatte die Kinder zu warten, mußte alle Tage die Bindeln waschen und ging einmal in der Woche nach dem Gendarmenbad, um die Wäsche zu spülen.

„Wie kommst du denn zu der Weiberarbeit?“ fragten mich die Wäscherfrauen spöttisch.

Zuweilen trieben sie es so toll, daß ich ihnen die nassen Wäschestücke um die Ohren schlug, was sie mir dann mit gleicher Münze vergalteten. Im übrigen ging es ganz lustig zu in ihrer Gesellschaft. Der Gendarmenbad floß auf dem Grunde einer tiefen Schlucht der Oka zu und schnitt das nach einer altheidnischen Gottheit benannte Jarilosfeld*) von der Stadt ab. Auf diesem Felde fanden am Samstag, dem siebenten Donnerstag nach Ostern, große Volksbelustigungen statt, an denen die ganze kleine Bürgererschaft der Stadt teilnahm. Die Großmutter hatte mir erzählt, daß in ihrer Jugend das Volk noch an Jarilo geglaubt und ihm Opfer dargebracht habe.

Allerhand Bräuche waren in Uebung: man nahm ein Rad, umwickelte es mit in Pech getauchtem Berg, das in Brand gesetzt wurde, ließ es unter Johlen und Singen bergab rollen und beobachtete, ob das flammende Rad bis zur Oka hinunterrollte. War es der Fall, so bedeutete dies, daß Gott Jarilo das Opfer annahm, und daß ein sonniger, gesegneter Sommer bevorstand.

Die Wäscherinnen waren zumeist kede, mündfertige Weiber, die das Leben und Treiben der ganzen Stadt kannten. Es war recht belustigend, ihnen zuzuhören, wenn sie von den Kaufleuten, Beamten und Offizieren erzählten, für die sie arbeiteten. Es war keine leichte Sache, im Winter bei starrendem Frost die Wäsche in dem eiskalten Wasser des Bades zu spülen — die Haut an den Armen war ihnen ganz aufgesprungen. Ueber den in hölzerne Wandungen gefassten Bach gebeugt, knieten sie unter dem alten, zerschlossenen Schutzdache,

*) Jarilo — bei den alten Slawen der Gott der Fruchtbarkeit.

das weder Schnee noch Wind abhielt, und zogen die Wäschestücke im Wasser hin und her. Der Frost kniff ihre Backen, die ganz blutunterlaufen waren, riß sie in die nassen, steifen Finger, preßte die Tränen aus ihren Augen — und sie schwätzen und erzählten einander unaufhörlich alle möglichen Geschichten.

Am besten erzählte Natalja Koslowkaja, eine Frau von etwa dreißig Jahren, frisch, kräftig, mit spöttisch lächelnden Augen und einer ganz besonders süßen und scharfen Zunge. Sie wurde in allen Dingen um Rat gefragt und war wegen ihrer Geschicklichkeit und ihrer adretten Kleidung von allen Kameradinnen geschätzt. Ganz besonders hoch aber ward es ihr angerechnet, daß sie ihre Tochter das Gymnasium besuchen ließ. Wenn sie, zwei schwere Körbe mit nasser Wäsche tragend, auf dem schlüpfrigen Fußwege den Abhang heruntergeschritten kam, wurde sie fröhlich bewillkommnet und sogleich gefragt:

„Na, wie geht es deiner Tochter?“

„Ich danke, gut. Sie ist Gott sei Dank recht fleißig.“

„Wird wohl mal ein richtiges Fräulein werden?“

„Darum laß ich sie doch auf die Hohe Schule gehen. Woher stammen denn all die Herrschaften mit den glatten Gesichtern? Alle aus unsern Reihen, aus dem einfachen Volke. Je mehr einer lernt, desto länger werden seine Arme, desto mehr können sie nehmen; und wer recht viel genommen, ist noch immer zu Ehren gekommen... Gott schickt uns als dumme kleine Kinder auf diese Welt und will uns als kluge alte Leute zurück haben, also müssen wir eben recht tüchtig lernen.“

Wenn sie sprach, schwiegen alle und lauschten aufmerksam ihren wohlgefügten, überzeugten Worten. Man lobte sie offen ins Gesicht und hinterm Rücken, man bewunderte ihre Klugheit und Ausdauer, doch versuchte niemand, es ihr gleichzutun. Sie hatte die Armele ihrer Jacke mit dem braunen Leder eines alten Stiefelschafes eingefasst, so daß sie die Arme nicht bis zum Ellbogen zu entblößen brauchte und die Armele trocken hielt.

Alle lobten den Einfall, doch niemand folgte ihrem Beispiel, und als ich es tat, lachten sie mich aus:

„Ach, jetzt doch — von einer Frau läßt er sich belehren!“

(Fortsetzung folgt.)

Gewerkschaftliches

Streik der Schuhmacher

Der Schuhmacherverband teilt mit: Die Schuhmacher der Schuh- und Reparaturbranche haben seit dem 1. April im Streik zur Erläuterung eines Stundenlohnes von 15 M. für handwerksmäßige und 16,50 M. für mechanische Betriebe. In den haltgefunden Verhandlungen mit den Innungen Groß-Berlins erklärten die Arbeitgeber, sie könnten die geforderten Löhne nicht bewilligen und boten den Arbeitern Affordpreise an, nach denen sie bei neuen Herrenarbeiten 11,00 M., bei neuen Damenarbeiten 10,70 M. und bei Reparaturen durchschnittlich 11,10 M. pro Stunde verdienen könnten. Dieses Angebot wurde seitens der Arbeitervertreter rundweg abgelehnt und erklärt, daß eine Grundlage zu weiteren Verhandlungen geschaffen würde, wenn die Arbeitgeber das System der Stücklohnberechnung anerkennen. Ueber die Festlegung der Stundenlöhne würde eine Einigkeit erzielt werden müssen.

Diese Erklärung der Arbeitervertreter verdrehen die Herren Arbeitgeber in den neuesten Nummern ihrer Zeitungen in schamloser Weise, indem sie dort berichten, die Vertreter der Arbeiter hätten erklärt: „Die Vorschläge der Arbeitgeber wären annehmbar, da der Lohn mit dem von den Arbeitern geforderten nur um einige Pfennige differiere, sie aber von ihrem Prinzip der Festlegung des Zeitlohnes nicht abgehen können.“ Hierzu muß erwidert werden, daß es sich um die Festlegung von Zeitlöhnen überhaupt nicht gehandelt hat, sondern um die Festlegung eines Stundenlohnes zur Errechnung des Stücklohnes. Der festgesetzte Stundenlohn wird mit den tariflich aufgeführten Stückpreisen (Stundenzahl) multipliziert zur Gewinnung des Affordpreises, ein System, das einfach und zweckmäßig und in fast allen Industrien eingeführt ist. Für solche Neuerungen waren allerdings die Schuhmachermeister nicht zu haben aus Angst und Scham, sie müßten ihren Arbeitern Stundenlöhne anbieten, die das ganze Gewerbe in aller Öffentlichkeit blamieren müßte, und die Kundenschaft sich die Frage vorlegen würde, wie es möglich ist, daß ein Paar neue Herrenstiefel 110,70 M., ein Paar Herrensohlen 117,30 bis 140,50 M., Damensohlen 94,25 bis 110,45 M. kosten soll, wenn der Arbeiter nur 10,70 bis 11,10 M. pro Stunde erhält. Es ist weiter eine bewährte Irrführung der Öffentlichkeit, wenn die Herren Arbeit-

geber in ihrer Zeitung berichten, der Arbeitervertreter hätte gesagt, der angebotene Lohn differiere nur um wenige Pfennige von dem geforderten.

Daß die Arbeitgeber die Forderungen eines Stundenlohnes von 15 M. bewilligen können, zeigen die vielen Unterschriften der einzelnen Arbeitgeber, die bis heute im Büro des Schuhmacherverbandes, Engelauer 24/25, eingelaufen sind und damit den Tarif anerkannt haben. Wir fordern alle Kollegen, deren Arbeitgeber nach dem neuen Tarif entlohnen, aber die Unterschrift noch nicht geleistet haben, auf, unverzüglich die Veräuferte nachzuholen. Tarife sind im Verbandsbüro zu haben.

Drohender Streik im Del- und Fettgroßhandel.

Die gewerkschaftlichen Arbeiter im Mineralöl-, Del- und Fettgroßhandel beschäftigten sich am 8. April d. J. in einer vom Deutschen Transportarbeiterverband einberufenen Vollversammlung mit dem vor dem Schlichtungsausschuß gefällten Vergleichsvorschlag. Nach endlosen Verschleppungen wurde einstimmig ein Schiedsgericht gefällig, den die Arbeitgeber unter dem Vorwand, daß sie nicht bevollmächtigt seien, ablehnten. Auch die Arbeiter fanden die Angekündigte zu gering und verlangten den sofortigen Streik. Nachdem die Lohnkommission sich nochmals für die Annahme des Vergleichsvorschlages eingesetzt hatte, wurde beschlossen, die Abstimmung durch Wahl in den Betrieben vorzunehmen. Reiz steht aber schon jetzt, sollten die Arbeitgeber den Vergleichsvorschlag ablehnen, dann ist der Streik unausweichlich.

USPD-Gewerkschaften. Am Mittwoch, den 12. April, vormittags 11 Uhr, findet im Clubhaus Riegelstraße 2 der gemeinsame Jahrestag der USPD-Sektion Gewerkschaften statt. Vollständiges Erscheinen dringend notwendig. Die Sektionsleitung.

Monteur. Am 2. Osterfeiertag, vormittags 10 Uhr, findet im Verbandsbüro des D. M. S., Pflanzstr. 88/89, eine Zusammenkunft sämtlicher nachwärts beschäftigten Monteur statt. In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung werden alle Kollegen, die im Deutschen Reich von Berliner Firmen aus auf Montage sind, ersucht, zu dieser Versammlung zu erscheinen. Die Arbeiterpresse wird um Abdruck gebeten.

Arbeiterklub. Versammlung. Mittwoch, den 12. April 1922, abends 7 Uhr, im Graphischen Vereinshaus, Alexandrinenstraße 44.

Parteiveranstaltungen

Achtung! Elternbeiratswahlen!

Die Wahlberechtigten werden gebeten, darauf hinzuweisen, daß es dringend erforderlich ist

1. die in den einzelnen Bezirken zur Verfügung stehenden Referenten, soweit sie bereit sind, sich für die Wahlkandidatur zu den Elternbeiräten zur Verfügung zu stellen, der Zentrale der Elternbeiräte der drei sozialistischen Parteien, Breite Straße 8, unverzüglich zuzuleiten.
2. sofort daranzugehen, die als Kandidaten für die Elternbeiratswahl geeigneten Genossen und Genossinnen zu ermitteln, zu Wahlvorschlägen für die nach Osten anzuberühmenden Wahlversammlungen zusammenzustellen und unverzüglich den Obleitern zu übermitteln.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg. Die Distrikte, die Mitgliedsbücher bestellt haben, können dieselben heute in der Zeit von 8 bis 5 Uhr vom Verbandsbüro abholen.

Dienstag, den 11. April.

Franzosenpartei. Erste Feiern der Arbeiter-Erbeiterkongressen. Jugendabteilungen, Gelande- und Arbeitervereine des Reichsverbandes, 2. Ost- und Nordost, sämtlich 7 Uhr, im Bürgergarten, Reinickendorf, Hauptstraße 51.

Vereinskalender

Dienstag, den 11. April.

Sitzung sämtlicher Vorstandsmitglieder der Arbeiter-Erbeiterkongressen. Jugendabteilungen, Gelande- und Arbeitervereine des Reichsverbandes, 2. Ost- und Nordost, sämtlich 7 Uhr, im Bürgergarten, Reinickendorf, Hauptstraße 51.

Formamint

Tabletten vernichten die Bakterien in Mund und Rachen und gewähren Schutz vor Ansteckung In allen Apotheken und Drogerien erhältlich.



258⁰⁰

Echt Rindbox mit Chromleder-Einsatz. Orig. Mac-cay (nur Mittelgrößen)

Noch ist es Zeit

die billigen Preise auszunützen!

Da wir z. T. noch altes Lager haben, können wir unserer verehrten Kundenschaft noch eine Reihe fabelhaft billige Angebote machen. Wegen des grossen Andranges bitten wir, mögl. in den Vormittagsstunden zu kommen.

Besichtigen Sie unsere 11 Schaufenster.



59.

Leder- oder Schnürschuhe hoher Absatz, Ledersohlen. Grosse Sorten Schnür- oder Spangenschuhe 128-

- ### Herren-Stiefel
- Echt Rindbox od. Recheveau, mod. breite Formen, sehr guter Stiefel 358⁰⁰
 - Echt R'cheveau m. echter Lackkappe, sehr eleganter hübscher Stiefel 398⁰⁰
 - Orig. Goodyear-Welt, echt Chevreau, mit u. ohne Lackkappe, sehr feiner Stiefel 498⁰⁰
 - Fußballstiefel, erstklassiges Fabrikat . . . 298⁰⁰
 - Feine Luxussachen, braun und schwarz, Boxcall und ohne moderne Stoffeinsätze, die neu spitz oder runde Form, in großer Auswahl billig, ca. 20 Sorten.

- ### Turnschuhe
- 27-30 14⁵⁰
 - 31-33 18⁵⁰
 - vorschriftsmäßige, m. Chromspallledersohle, 25-26 12⁵⁰
- ### Kinder-Stiefel
- braun Spallleder, teils mit Doppelsohlen, Absätze mit Eisenbeschlag, sehr haltbare, bequeme, breite Form, Gr. 31, 32, 33, 35 99⁰⁰, 27-30 95⁵⁰
- ### Sandalen
- kräftiges Rindleder 32-35 59⁰⁰, 27-31 53⁰⁰
- ### Damenstiefel
- Ross-Cheveau, mit Derby-schnitt, sehr guter, haltbarer Stiefel . . . 198⁵⁰
 - Ganz besonders hoher Schaft, sehr schicke Sachen 298-, 398-

- ### Spangenschuhe
- verschiedene Lederarten, mod. Form, hoher Absatz 198, 289. 148-
- ### Schnürhalbschuh
- mit u. ohne Lackkappe, mod. allerliebst Formen . . . 298. 238-
- ### Braun Cheveau u. Boxcall
- sowie Lack-, Schnür- oder Spangenschuhe in großer Auswahl billig.
- ### Feine Modeschlager
- in braun u. grau Wildleder sowie Lack- und Cheveauleder mit Lasche, Spange oder zum Schnüren mit Louis-XV.- od. halbohem Absatz, modernste Formen in großer Auswahl billig, ca. 25 Sorten.

Ein großer Teil besonders billiger Angebote kann hier wegen Platzmangels nicht aufgeführt werden!

Grossdetail-Schuh-Lokal Behrndt

Münzstraße 25
Untergrundbahnhal Alexanderp'la's
Zweiggeschäft:
Frankfurter Allee 54

Annahme in allen Expeditionen des Verlages
Geschäftsstelle:
Berlin O 2, Breite Straße 59

Kleine Anzeigen

Das Abo schriftwort 2 50 M., jedes weitere Wort im Text 1 75 M. netto. Stellengesuche: Abo schriftwort 2.-, jed. weitere Wort i. Text 1 50 M.

<h3>Verkäufe</h3> <p>3000 Waagen Schlöter, Galtois, Sammelartikel, Dosen, Sammelartikel usw. gelangen täglich billig zum Verkauf. Dabei finden Sie das Beste, das Beste, das Beste. Adressen: Berliner Straße 47.</p>	<h3>General-Verkauf</h3> <p>Adressen: 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.</p>	<h3>Gebäudeverkauf</h3> <p>Adressen: 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30.</p>	<h3>Anzüge</h3> <p>Adressen: 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50.</p>	<h3>Auf Teilzahlung!</h3> <p>Adressen: 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70.</p>	<h3>Möbel-Verkauf</h3> <p>Adressen: 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90.</p>	<h3>Wiederhand-Kamerling</h3> <p>Adressen: 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.</p>	<h3>Fahrräder</h3> <p>Adressen: 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110.</p>	<h3>Unterricht</h3> <p>Adressen: 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120.</p>	<h3>Verschiedenes</h3> <p>Adressen: 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130.</p>
<h3>Diöbel</h3> <p>Adressen: 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140.</p>	<h3>Kaufgeuche</h3> <p>Adressen: 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150.</p>	<h3>Gebäude</h3> <p>Adressen: 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160.</p>	<h3>Wiederhand</h3> <p>Adressen: 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170.</p>	<h3>Wiederhand</h3> <p>Adressen: 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180.</p>	<h3>Wiederhand</h3> <p>Adressen: 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190.</p>	<h3>Wiederhand</h3> <p>Adressen: 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200.</p>	<h3>Wiederhand</h3> <p>Adressen: 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210.</p>	<h3>Wiederhand</h3> <p>Adressen: 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220.</p>	<h3>Wiederhand</h3> <p>Adressen: 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230.</p>

Grosser Erfolg haben selbst die kleinsten Anzeigen in der Freiheit